



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
21.11.2025 NDR: Wohin mit dem Atommüll? Suche nach Endlager ist Thema in Hannover	4
21.11.2025 WELT ONLINE: Endlager für Atommüll - Forum diskutiert Standortsuche	5
21.11.2025 WELT ONLINE: BUND will keine Abstriche bei Endlagersuche zulassen	6
20.11.2025 Bild.de: Atommüll-Endlager gesucht - Nur noch ein Viertel Deutschlands im Rennen	7
21.11.2025 mz.de (Mitteldeutsche Zeitung): Atommüll-Endlager? Warum Friedrichsbrunn im Fokus steht	9
21.11.2025 Westdeutsche Allgemeine WAZ Essen: Castor-Transporte: BUND sieht Frühstart-Gefahr gebannt	10
21.11.2025 Braunschweiger-Zeitung.de: Werden diese Dörfer im Südwesten des Landkreises Gifhorn Deutschlands Atomklo?	11
20.11.2025 suedkurier.de: Kommt der Atommüll in den Schwarzwald-Baar-Kreis? Zumindest sind zwei Gebiete noch nicht draußen	13
21.11.2025 Südhessen Morgen: Undichtiges Atommüllfass	15

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 NDR

Wohin mit dem Atommüll? Suche nach Endlager ist Thema in Hannover

21. November 2025 06:54 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Deutschland braucht ein **Endlager** für strahlenden Abfall. Die Suche läuft. Noch sind viele Gebiete im Norden in der Auswahl. Heute und Samstag können sich Bürger und Kommunen in Hannover informieren.

Die Aufgabe ist gewaltig: Deutschland sucht ein **Atommüll-Endlager**, in dem der strahlende Abfall für mindestens eine Million Jahre sicher ist. Es geht um den Müll aus den deutschen **Atomkraftwerken**. Im Moment stehen die Castor-Behälter in einer Halle in Gorleben. Überirdisch. Weitere Zwischenlager befinden sich in ganz Deutschland. Künftig soll der Müll tief unter der Erde lagern. Verschiedene Gesteinsarten kommen nach jetzigem Stand dafür in Frage.

Knapp 400 Anmeldungen für

Info-Veranstaltung

in Hannover

Um diese Suche geht es beim "Forum **Endlagersuche**", das heute und Samstag im Congress-Center in Hannover zusammenkommt. Bürgerinnen und Bürger, Kommunalvertreter, Wissenschaftler, **Atomkraftgegner** und Verbände treffen sich zum Austausch. Sie können sich über den Stand der Suche informieren - über die Teilgebiete genauso wie über die Methoden. Angemeldet haben sich knapp 400 Teilnehmer aus ganz Deutschland, etwa 300 wollen online teilnehmen. "Damit die Standortsuche gelingt, ist die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit von großer Bedeutung", heißt es vom **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)**. Die Behörde hat das **Endlager-Forum** mit organisiert.

Atommüll-Endlager-Suche: Neue Details zu möglichen Standorten Hallo Niedersachsen, Hallo Niedersachsen, NDR Fernsehen, 03.11.2025 19:30 Uhr

Atommüll: Wie kann die Suche schneller gehen?

Im Moment deutet vieles darauf hin, dass es noch etwa 50 Jahre dauern könnte, bis ein Standort für ein **Atommüll-Endlager** feststeht. Beim Forum **Endlagersuche** in Hannover wird es auch darum gehen, wie die Suche nach einem Standort möglicherweise beschleunigt werden könnte. Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind dafür - auch Bundesumweltminister Carsten Schneider will, dass Tempo in die Suche kommt.

Atommüll-Endlager:

Im Jahr 2027 wird es ernst

Kürzlich hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung den Kreis der möglichen Gebiete weiter eingegrenzt. Etwa 25 Prozent der Fläche Deutschlands sind noch in der Auswahl - große Gebiete liegen in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen. Das Verfahren sieht vor, dass bis zum Jahr 2027 immer mehr Regionen aus der Suche ausscheiden - bis am Ende nur noch etwa eine Handvoll konkreter Gebiete übrigbleibt. Hier soll dann nicht mehr ausschließlich am Computer anhand von geologischen Daten, sondern ober- und unterirdisch erkundet werden. In welchen Gebieten es ernst wird, entscheidet der Bundestag.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

W WELT ONLINE

Endlager für Atommüll - Forum diskutiert Standortsuche

21. November 2025 03:30 | Medienart: Online | Visits/Monat: 95.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Suche nach einer Lösung für die langfristige Lagerung von hochradioaktiven Abfällen steht ab Freitag in Hannover beim vierten Forum Endlagersuche im Zentrum. Das jährliche Treffen dient dem Austausch zwischen interessierter Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft, Behörden, Politik, Wissenschaft und Kommunen. Diskutiert werden dabei der aktuelle Stand der Endlagersuche sowie die Aufsicht beim Auswahlverfahren.

Anfang November hatten die zuständigen Experten die geeigneten Regionen auf 25 Prozent der deutschen Landesfläche eingegrenzt. Dort seien die geologischen Bedingungen entweder für eine unterirdische Lagerung aus heutiger Sicht geeignet oder es habe noch keine Bewertung gegeben, teilte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) im niedersächsischen Peine mit.

Besonders in Norddeutschland kommen derzeit noch große Teile für ein späteres Endlager infrage – aber auch im Süden gibt es noch mögliche Standorte.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

W WELT ONLINE

BUND will keine Abstriche bei Endlagersuche zulassen

21. November 2025 05:03 | Medienart: Online | Visits/Monat: 95.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) im niedersächsischen Peine sucht nach einem geeigneten Standort für hochradioaktive Abfälle. (Archivbild)

Quelle: Julian Stratenschulte/dpa

Wie kommt die Suche nach einem **Endlager** für **Atommüll** voran? In Hannover steht eines der wichtigsten Umweltprojekte des Landes im Fokus. Für den Umweltverband BUND stehen die Maßstäbe fest.

Bei der Suche nach einem **Atomendlager** in Deutschland muss für den Umweltverband BUND Sicherheit vor Schnelligkeit stehen. «Es darf keine Abstriche bei Wissenschaftlichkeit, Transparenz, Sicherheit und Beteiligung geben», sagte der BUND-Vorsitzende, Olaf Bandt. Alles andere verspiele Vertrauen und gefährde das Verfahren.

Der BUND-Chef äußerte sich mit Blick auf das vierte Forum **Endlagersuche**, das von diesem Freitag an in Hannover stattfindet. Das jährliche Treffen dient dem Austausch zwischen interessierter Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft, Behörden, Politik, Wissenschaft und Kommunen. Diskutiert werden der aktuelle Stand der **Endlagersuche** sowie die Aufsicht beim Auswahlverfahren.

Anfang November hatten die zuständigen Experten die geeigneten Regionen auf 25 Prozent der deutschen Landesfläche eingegrenzt. Dort seien die geologischen Bedingungen entweder für eine unterirdische Lagerung aus heutiger Sicht geeignet oder es habe noch keine Bewertung gegeben, teilte die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) im niedersächsischen Peine mit.

Besonders in Norddeutschland kommen derzeit noch große Teile für ein späteres **Endlager** infrage – aber auch im Süden gibt es noch mögliche Standorte. Ende 2027 will die **BGE** Standortregionen für die oberirdische Erkundung vorschlagen. Die finale Entscheidung über diese zu erkundenden Standortregionen trifft aber der Gesetzgeber.

Auf dem Weg dorthin muss für den BUND der Maßstab Sicherheit vor Schnelligkeit bei der Bewertung

bleiben. Die Vergangenheit habe bereits gezeigt, dass ein übereiltes, unwissenschaftliches Verfahren zum Scheitern verurteilt sei, sagte Bandt und nannte das Scheitern in Gorleben als Beispiel. Ein erneutes Scheitern wäre für den BUND-Vorsitzenden eine Katastrophe für heutige und zukünftige Generationen.

Die Eingrenzung der Regionen zeigt für den Umweltverband, dass eine wissenschaftsbasierte Suche im Rahmen der Gesetze solide Ergebnisse liefern könne. Großen Nachbesserungsbedarf gebe es aber in der Nachvollziehbarkeit und Allgemeinverständlichkeit, sagte Bandt. «Die BGE muss dringend mehr Transparenz herstellen und offene Fragen klären», forderte er.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Bild.de

Atommüll-Endlager gesucht - Nur noch ein Viertel Deutschlands im Rennen

20. November 2025 18:53 | Medienart: Online | Visits/Monat: 580.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Atommüll-Endlager gesucht : Nur noch ein Viertel Deutschlands im Rennen Noch immer sucht Deutschland nach einem **Endlager** für **Atommüll** 20.11.2025 - 17:53 Uhr

Hannover – Wo soll der hochradioaktive Müll aus deutschen **Atomkraftwerken** für immer lagern? Ab Freitag steht in Hannover eines der wichtigsten Umweltprojekte des Landes im Fokus: das vierte Forum **Endlagersuche**. Experten, Bürger, Behörden und Politiker kommen zusammen, um über den aktuellen Stand zu diskutieren.

Beim jährlichen Treffen tauschen sich Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft, Behörden, Politik, Wissenschaft und Kommunen aus. Im Zentrum stehen der aktuelle Stand der Suche sowie die Aufsicht beim Auswahlverfahren. Experten grenzen Regionen ein

Anfang November kam Bewegung in die Suche: Die Experten reduzierten die infrage kommenden Gebiete auf ein Viertel der Bundesfläche. Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) aus dem niedersächsischen Peine erklärte: Die geologischen Bedingungen seien dort entweder passend oder noch nicht bewertet.

Vor allem im Norden Deutschlands sind noch große Gebiete im Rennen – doch auch der Süden bleibt eine Option.

Endlagersuche im Harz

Atommüll-Endlager? Warum Friedrichsbrunn im Fokus steht

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung prüft den Harz als möglichen Standort für radioaktiven Müll. Warum ein Bereich zwischen Thale und Harzgerode im Verfahren ist – noch.

Thale/MZ/son. - Ein Bereich zwischen Thale und Harzgerode rund um Friedrichsbrunn ist auf einer Karte eingezeichnet, die die Atommüll-Endlagersuche illustriert. Sie erschien in der MZ – unter anderem mit dem Artikel „Atommüll unterm Brocken?“. Danach hätten einige Anfragen das Thalenser Rathaus erreicht, berichtete Bürgermeister Malik Zedschack (CDU) in der jüngsten Sitzung des Stadtrats.

Inhaltlich geht es darum, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) deutschlandweit einen Standort sucht, an dem hochradioaktive Abfälle unterirdisch für eine Million Jahre aufbewahrt werden sollen.

„Die Untersuchungen finden seit 2020 statt und laufen in insgesamt vier Phasen“, teilt die Stadtverwaltung mit. Phase eins solle im Jahr 2027 abgeschlossen sein. In ihr „werden vor allem die grundlegenden geologischen Voraussetzungen geprüft“: Untergründe wie etwa Moor oder Lehm scheiden aus, „Gebiete mit festen Gesteinsformationen wie Steinsalz oder Granit bleiben dagegen zunächst im Verfahren“.

Tourismus und Naturschutz könnten Thale als Standort ausschließen

Dazu gehören die Granitgebiete rund um den Brocken sowie der Ramberggranit bei Friedrichsbrunn. „Dadurch

bleiben wir erstmal drin“, so Zedschack, aber „ich denke, wir werden in einer der nächsten Phasen rausfliegen.“ Dann gehe es nämlich um Faktoren wie starke touristische Nutzung und Naturschutzauflagen.

„Die Bundesbehörden gehen davon aus, dass die gesamte Untersuchung sowie die endgültige Standortentscheidung erst zwischen 2046 und 2068 abgeschlossen sein werden“, heißt es weiter. „Das Verfahren ist damit langjährig, mehrstufig und sehr sorgfältig angelegt.“

Wörter:	251	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	mz.de	Visits (VpD) ¹ :	505.953
Ressort:	PLUS		
Rubrik:	Nachrichten Quedlinburg		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.mz.de/lokal/quedlinburg/atommull-endlager-warum-friedrichsbrunn-im-fokus-steht-4152412>

¹ von PMG gewichtet 09-2025

Castor-Transporte: BUND sieht Frühstart-Gefahr gebannt

Umweltorganisation hat gerichtlich wegen der geplanten Atommüll-Verlagerung von Jülich nach Ahaus nachgefasst

Tobias Blasius

Düsseldorf Im Streit um die Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus hat die Umweltorganisation BUND juristische Vorkehrungen getroffen, damit nicht schon im November Fakten geschaffen werden.

Man habe am Mittwoch beim Verwaltungsgericht Berlin die vorläufige Begründung des Eilantrags gegen den Atommüll-Transport eingereicht und zugleich eine Zwischenverfügung beantragt, damit das beauftragte Speziallogistikunternehmen Orano NCS nicht die ersten LKW losschicken kann, ehe das Gericht entschieden hat, erklärte ein BUND-Sprecher. Das Verwaltungs-

gericht Berlin habe daraufhin mitgeteilt, dass die Anwälte der Gegenseite bestätigt hätten, „dass ein Transport noch im November nicht vorgesehen ist“. Deshalb sehe man keine Notwendigkeit für einen sogenannten „Hängebefehl“. Die formale Gerichtsentscheidung wird im Dezember erwartet.

Der BUND wehrt sich gegen die Beförderung von knapp 300.000 radioaktiven Brennelementen aus dem alten Forschungsreaktor Jülich ins Zwischenlager in Ahaus. Der Transport von 152 Castoren quer durch NRW in den nächsten zwei Jahren wird notwendig, weil der Atommüll seit zwölf Jahren ohne Zulassung in Jülich lagert. Da die Entscheidung des Berliner Gerichts keine

aufschiebende Wirkung hat, verdichteten sich zuletzt die Anzeichen, dass die Logistiker noch im November die Castoren rollen lassen wollen. Die genaue Terminplanung wird aus Sicherheitsgründen als Verschlussache behandelt.

Die verantwortliche Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) hatte lediglich erklärt, man bewege sich im „rechtlichen Korsett einer unverzüglichen Räumungsanordnung“. Da die formalen Voraussetzungen für die Transporte vorlägen und die Transportgenehmigung auf zwei Jahre befristet sei, „sind wir gehalten, diese nun auch voranzutreiben“.

Wörter: 245
 Autor/-in: Tobias Blasius
 Seite: 3
 Ressort: Region
 Medienkanal: PRINT
 Mediengattung: Tageszeitung
 Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
 Nummer: 271
 Ausgabe: Hauptausgabe
 Auflage¹: 18.004 (gedruckt)
 20.115 (verkauft)
 20.328 (verbreitet)
 Reichweite²: 0,11642 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Endlagersuche

Werden diese Dörfer im Südwesten des Landkreises Gifhorn Deutschlands Atomklo?

Das Tongestein dort erscheint der Bundesgesellschaft für Endlagerung geeignet. Worauf es im weiteren Verfahren zu achten gilt.

Christian Franz

Unterirdisches Tongestein bei Hillerse und Leiferde im Kreis Gifhorn könnte sich zur Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll eignen. Umwelt-Fachbereichsleiterin Antje Präger vom Landkreis unterrichtete den Umweltausschuss des Kreistags über die aktuellen Zwischenstände bei der Standortsuche der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Aus Sicht des Landkreises gilt: Aus rein geologischer Sicht sind die Kommunen noch nicht aus dem Schneider.

Zudem muss die BEG weitere Flächen im Kreis Gifhorn noch überprüfen und kategorisieren, was Präger zufolge bis Ende 2027 abgeschlossen sein soll. Immerhin: Die Salzstöcke Nettgau und Waddekath im Nordosten des Landkreises sind aussortiert, „Wittingen ist allerdings noch drin“, erläuterte Präger.

Konkret geht es um eine Einrichtung, die in Wahrheit keiner vor der Haustür haben will: Ein Atommüll-Endlager für hochradioaktive Abfälle als Ersatz

für den umstrittenen Standort Gorleben, das in einem auf Jahrzehnte angelegten gesetzlichen Verfahren wissenschaftsbasiert bundesweit ausgesucht werden soll. Bis 2070.

Begonnen hatte das Verfahren nach Beschluss des Standortauswahlgesetzes auf einer symbolischen weißen Landkarte 2017. „Jetzt sind wir am Übergang zu Schritt zwei in Phase eins“, sagte Präger. „Deswegen gibt es auch keinen Grund, einen Riesenaufritt zu machen. Aber wir sollten die Entwicklung aufmerksam beobachten.“

Die Anforderungen an ein Atommüll-Endlager sind hoch. Die Castoren mit alten Brennelementen und Abrissmaterial der Atomkraftwerke sollen für eine Million Jahre sicher abklingen. In den ersten 500 Jahren aber rückholbar sein. Dazu soll eine Lagerstätte unter mindestens 300 Meter Deckgestein liegen und dann mächtig genug sein, ein ganzes Erkundungs- und Einlagerungsbergwerk aufzunehmen. Granit, Salz oder Ton sind die Gesteine, die geologisch in Frage kommen. Begonnen

hatte die Suche mit der Auswertung vorhandener Bodendaten.

Leiferde und Hillerse seien nun in zwei von vier Prüfschritten als geeignet befunden worden, so Präger. Es bleibe nun abzuwarten, in welche Kategorie das Areal nach weiteren Datenauswertungen auch im Vergleich zu noch ausstehenden Landesteilen eingeordnet werde. Bis 2028 werde die BGE die sechs bundesweit fachlich bestgeeigneten Regionen aussuchen, um den Bundestag per Gesetz über das weitere Vorgehen entscheiden zu lassen.

Im nächsten Schritt folgten dann überflüssige seismische Untersuchungen. Perspektivisch grenze sich die Auswahl dann auf zwei Orte ein, in denen Erkundungsbergwerke gebaut würden. Parallel bekämen potenzielle Standorte Geld, um das Verfahren unabhängig von eigenen Gutachtern überprüfen lassen zu können.

Mehr wichtige Nachrichten aus dem Landkreis Gifhorn lesen:

Wörter: 399
Autor/-in: Christian Franz
Ressort: Online
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD)¹: 214.974
Unique Users (UUpD)²: 20.000

Weblink: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/gifhorn/article410502815/werden-diese-doerfer-im-suedwesten-des-landkreises-gifhorn-deutschlands-atomklo.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Schwarzwald-Baar

Kommt der Atommüll in den Schwarzwald-Baar-Kreis? Zumindest sind zwei Gebiete noch nicht draußen

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat erste Prüfschritte beendet. Zwei Granitformationen im Kreis sind noch dabei. Was das für die Region bedeutet.

Ein Atommüllendlager in der eigenen Region? Das dürfte bei niemandem Freuden sprünge auslösen. Noch liegt es für den Schwarzwald-Baar-Kreis aber im Bereich des Möglichen. Denn auf ihrer Endlagersuche hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nun die ersten zwei von vier Prüfschritten abgeschlossen, zumindest in Süddeutschland.

Und aus ihrem jüngsten Zwischenbericht, der Anfang November vorgestellt wurde, geht hervor: Zwei Gebiete im Schwarzwald-Baar-Kreis wurden noch nicht aussortiert.

Diese Gebiete sind in der Endlagersuche weiter drin

Eins davon liegt nördlich von St. Georgen, eins in der Gegend zwischen Furtwangen und Bräunlingen. Kommt der Atommüll der Republik nun also in den idyllischen Schwarzwald? Um dazu eine Prognose abzugeben, sei es noch zu früh, schreibt Sven Petersen, stellvertretender Pressesprecher der BGE.

25 Prozent der gesamten Bundesfläche seien derzeit noch „in der weiteren Bearbeitung“, so Petersen. Und: „2027 wollen wir einige wenige Standortregionen vorschlagen, die dann vor Ort erkundet werden sollen.“

Die Endlagersuche

2013 begann die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle neu. Untersucht werden kristalline Gesteine, Steinsalz und Tongestein als geeignete geologische Formationen. Bis 2027 sollen auf dieser Landkarte nur noch wenige Standortregionen ver-

zeichnet sein. Eine Entscheidung für einen Standort falle aber frühestens in den 2040er-Jahren, heißt es bei der Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE). Bürgerinnen und Bürger können sich über das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) beteiligen, Infos im Internet unter www.endlagersuche-infoplattform.de. Am Freitag, 21., und Samstag, 22. November, findet das nächste Forum Endlagersuche statt. Infos im Internet unter: forum-endlagersuche.de.

Warum Schwarzwald-Baar von den Experten nicht ausgeschlossen wird

Bislang lief die Überprüfung der Gebiete auf Grundlage bestehender Daten, erklärte Martin Seuffert, Erster Landesbeamter im Schwarzwald-Baar-Kreis, kürzlich dem Kreistag. Erst wenn 2027 noch etwa ein Prozent der Bundesfläche übrig sei, solle es Untersuchungen vor Ort geben. Nördlich von St. Georgen liege der Triberger Granitkomplex, etwas weiter südlich der Eisenbacher Granitkomplex, so Seuffert weiter.

Dass die beiden Flächen im Schwarzwald-Baar-Kreis weiter im Rennen sind, bedeute, dass die Expertinnen und Experten der BGE „für diese Gebiete in der ersten Bewertung keine Anhaltspunkte dafür gefunden haben, dass man dort kein sicheres Endlager bauen könnte“, wie BGE-Sprecher Petersen zurückhaltend formuliert. Das bedeutet: Die Mindestanforderungen sind erfüllt.

Das Gestein liegt mindestens 300 Meter tief und ist mindestens 100 Meter mächtig. Und es ist laut Petersen in den Augen der BGE-Experten auch qualitativ

geeignet, ein sicheres Endlager zu bauen: „Dabei geht es zum Beispiel um die Langzeitstabilität und auch die genaue Tiefenlage des Gesteins.“

Das sind die nächsten Schritte bei der Endlagersuche

Gesucht werde ein Gebiet, in dem radioaktiver Abfall für eine Million Jahre möglichst sicher untergebracht werden kann. Dafür müsse das Gestein den Atommüll sicher einschließen und dürfe etwa keine Risse enthalten.

Die nächsten Schritte in der Untersuchung beschrieb Seuffert im Kreistag so, dass zunächst untersucht werde, ob einzelne Gebiete geeignet sind, radioaktive Teilchen zurückzuhalten. Im vierten Schritt würden die Gebiete dann immer weiter eingegrenzt und miteinander verglichen.

Gibt es noch Tongestein in Süddeutschland?

Im Kreistag warf Joachim von Mirbach (Grüne) die Frage auf, ob es in Süddeutschland noch Gebiete mit Opalinuston gebe. Bei einem Besuch bei der Nagra, die in der Schweiz den Standort für ein Endlager bestimmt hat, habe dieses Gestein überzeugt. Es habe unter anderem die Alpenfaltung überstanden. Seuffert antwortete, dass Tongestein viele Vorteile habe, rund um Ulm seien noch Gebiete mit diesem Gestein im Rennen.

Landrat Sven Hinterseh ließ sich dabei zu der Bemerkung hinreißen, es sei schon interessant, dass das Schweizer Endlager im Opalinuston knapp südlich der deutschen Grenze entstehe, wo das-

selbe Gebiet auf deutscher Seite ausgeschlossen wurde. Von Mirbach entgegnete, dass diese Tonschicht nicht mächtig genug für die großen Mengen an deutschem Atommüll wäre - für den schweizerischen reiche sie hingegen aus.

St. Georgen behält die Arbeit der Geologen im Blick

Und wie wird die ganze Sache vor Ort gesehen? St. Georgens Bürgermeister Michael Rieger, selbst Mitglied im Kreistag, äußert sich derzeit noch zurückhaltend. Es sei schon lange bekannt, dass man ein Endlager für hochradioaktive Abfälle brauche: „Wir sind für die sichere Lagerung in unserem Land selbst verantwortlich.“

Momentan sei es aber zu früh, eine Bewertung abzugeben. Eine Aussage sei erst möglich, wenn die Standortregionen detaillierter untersucht seien, so Rieger. Auf die Untersuchung der Geologie habe eine Kommune keinen Einfluss. Aber die Verwaltung halte sich auf dem Laufenden.

Wörter:	701	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Stephan Freißmann <a href="https://www.suedkurier.de/auto-
ren/stephan-freissmann-4542">https://www.suedkurier.de/auto- ren/stephan-freissmann-4542	Visits (VpD) ¹ :	236.817
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD) ² :	46.000
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.suedkurier.de/schwarzwald/kommt-der-atommuell-etwa-in-den-schwarzwald-baar-kreis-zu-mindest-sind-zwei-gebiete-im-kreis-noch-nicht-draussen-20-11-25-112789072>

¹ von PMG gewichtet 09-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Undichtes Atommüllfass

Kernkraftwerk: Ausgelaufene Flüssigkeit in Block B.

In Block B des abgeschalteten Atomkraftwerks in Biblis ist ein undichtes Abfallfass mit radioaktivem Inhalt entdeckt worden. Aus dem undichten 200-Liter-Fass war Flüssigkeit ausgetreten. Dadurch wurde ein weiteres, darunter befindliches 200-Liter-Fass kontaminiert. Beim Auffinden des Lecks war sämtliche Flüssigkeit bereits ausgetrocknet. Die Kontamination habe sich auf die Außenseite der beiden Fässer beschränkt. In dem Fass werden höheraktive Abfälle seit 2002 aufbewahrt. Darüber informieren die Betreiberin des Kernkraftwerkes Biblis, die RWE Nuclear GmbH, und das hessische Umweltministerium als zuständige Aufsichtsbehörde.

Laut RWE-Sprecher Alexander Scholl und einer Presseerklärung des Ministeriums ist die Ursachenklärung angelaufen. Vermutet werde, dass Restfeuchte die Korrosion ausgelöst habe, so Scholl. Das müsse aber erst noch überprüft werden. Das Umverpacken in neue Abfallfässer werde vorbereitet.

In Block A und B stehen jeweils 30 Fässer mit radioaktiven Abfällen

Aktuell komme es zu keinem weiteren Flüssigkeitsaustritt. Die beiden kontaminierten Fässer befinden sich im dafür vorgesehenen Positionslager innerhalb des Kontrollbereichs von Block B. In beiden Reaktorgebäuden gibt es jeweils ein Positionslager mit 30 Fässern. „Darin befinden sich Betriebsabfälle. Dazu gehören zum Beispiel Werkzeuge, Arbeitskleidung und Filter“, führt Scholl weiter aus. Dieser radioaktive Abfall werde dafür vorbereitet, später an die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) übergeben zu werden.

„Der Kontrollbereich ist nur durch eine Schleuse erreichbar“, berichtet der RWE-Sprecher. Außerdem seien die Gebäude luft- und gasdicht. Wer sich darin aufhalte, müsse einen sogenannten Dosimeter tragen. Das ist ein Gerät, um die Strahlendosis zu messen. In den beiden Reaktorgebäuden befinden sich keine hochradioaktiven Brennstäbe mehr. Diese liegen in Castoren verpackt im benachbarten Zwischenlager für hochradioaktiven Müll. Für dessen Betrieb ist inzwischen die BGZ zuständig, die auch die Lagerung von schwach- bis mittlradioaktivem Abfall übernimmt.

Durch das meldepflichtige Ereignis vom 14. November sei es zu keinen radiologischen Auswirkungen außerhalb der Anlage gekommen. Eine Gefährdung des Personals, der Umgebung oder der Anlage sei daher mit dem Vorkommnis nicht verbunden gewesen. Die Undichtigkeit am Fass sei am 14. November festgestellt und fristgerecht von der Betreiberin der Anlage gemeldet worden.

Der hessische Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat auf das meldepflichtige Ereignis reagiert. Vorsitzender Jörg Nitsch stellt fest: „Dass die Korrosion an einem 200-Liter-Fass mit höheraktiven Abfällen erst bemerkt wurde, nachdem Flüssigkeit ausgetreten und bereits getrocknet war, ist höchst bedenklich. Der BUND Hessen erwarte nicht nur eine lückenlose Aufklärung der Ursache, sondern auch eine Offenlegung der genauen Art der betroffenen Abfälle und der darin befindlichen Radionuklide samt ihrer Aktivitäten. Zudem fordert er eine umfassende Prüfung der Sicherheitsstandards sowie engmaschigere und verschärfte Kontrollen.“

Wörter: 414
 Autor/-in: Petra Schäfer
 Seite: 10 bis 10
 Ressort: Lokales Südhessen
 Rubrik: Südhessen Morgen
 Medienkanal: PRINT
 Mediengattung: Tageszeitung
 Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
 Auflage¹: 4.217 (gedruckt)
 5.084 (verkauft)
 5.148 (verbreitet)
 Reichweite²: 0,02431 (in Mio)

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Abbildung: In den Reaktorblöcken (hier Block B) lagern Atommüllfässer. Bild: Bernhard Zinke